

Neubäumer, Renate

Article — Digitized Version

Therapien gegen Arbeitslosigkeit und ihre Auswirkungen auf das Sozialprodukt

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Neubäumer, Renate (1988) : Therapien gegen Arbeitslosigkeit und ihre Auswirkungen auf das Sozialprodukt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 68, Iss. 10, pp. 520-527

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136449>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Renate Neubäumer

Therapien gegen Arbeitslosigkeit und ihre Auswirkungen auf das Sozialprodukt

Die Diskussion über nachfrage-, angebots- und arbeitszeitorientierte Therapien zum Abbau der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit konzentriert sich vor allem auf deren Beschäftigungswirkungen. Professor Renate Neubäumer analysiert die bisher weitgehend vernachlässigten Effekte auf Verteilung, Umfang, Zusammensetzung und Produktionsweise des Sozialproduktes.

Angesichts der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit mangelt es nicht an Vorschlägen zur Wiedererreichung von Vollbeschäftigung. Daß diese Therapien nicht nur unterschiedlich, sondern zum Teil widersprüchlich ausfallen, läßt sich zunächst auf Unterschiede in den ihnen zugrunde liegenden Theorien und deren Prämissen zurückführen. Darüber hinaus stellen die Vorschläge unterschiedliche Ansatzpunkte zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt,

- mehr Arbeit aufzuwenden und so mehr und/oder „anders“ (umweltfreundlicher, humaner u.ä.) zu produzieren oder
- die vorhandene Arbeit umzuverteilen.

Die Wahl des Ansatzes ist ausschlaggebend für den Beitrag, den die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit leisten müssen. Denn die vorgeschlagenen Therapien haben – zum Teil vorübergehend, zum Teil dauerhaft – unterschiedliche Auswirkungen auf

- die Einkommensverteilung¹,
- die Höhe und Zusammensetzung des Sozialprodukts und
- die Produktionsverfahren.

So kann beispielsweise bei einer höheren Zuwachsrate des Sozialprodukts mehr verteilt werden, und mit einer Umverteilung des Einkommens ändern sich nicht nur die Ansprüche an das Sozialprodukt, sondern auch der Einfluß auf seine Zusammensetzung. Ebenso eine Rolle spielt, daß Mittel, die für Investitionen, öffentliche Güter und zur Erhaltung unserer Umwelt ausgegeben werden, nicht mehr für den privaten Konsum entsprechend den Wünschen des einzelnen zur Verfügung

stehen. Davon sind individuelle und Gruppeninteressen betroffen. Schließlich bietet sich die Chance, durch die Integration bisher Arbeitsloser die Produktionsverfahren umweltfreundlicher und humaner zu gestalten.

Es zeigt sich, daß hinter zum Teil widersprüchlichen Vorschlägen zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit häufig auch unterschiedliche Interessen stehen. Letztlich geht es um die Verteilung von „Lebenslagen“, d.h. um die materielle Ausstattung, die Sicherheit der Lebenshaltung, die Arbeitsfreude und die Selbstverantwortung bei der Arbeit².

Unter diesen Aspekten – Auswirkungen auf Verteilung, Umfang, Zusammensetzung und Produktionsweise des Sozialproduktes – sollen die folgenden Vorschläge zur Wiedererreichung von Vollbeschäftigung untersucht werden:

- Eine Reallohnsenkung, eine stärkere Lohndifferenzierung und weitere Maßnahmen im Sinne der Angebotstheorie;
- nachfrageseitige Maßnahmen³, wobei zwischen kurzfristig angelegten Beschäftigungsprogrammen und zukunftsorientierten Nachfrageprogrammen unterschieden wird;
- kürzere und flexiblere Arbeitszeiten.

Niedrigere Reallöhne

Die Anhänger der sogenannten „Reallohnhypothese“, die die Ursache der Unterbeschäftigung in ei-

¹ Dabei kann es sich sowohl um Auswirkungen auf die funktionelle, die gruppenmäßige oder die personelle Einkommensverteilung handeln.

² Vgl. G. Weisser: Grundsätze der Verteilungspolitik, in: B. Külp, W. Schreiber (Hrsg.): Soziale Sicherheit, Köln, Berlin 1971, S. 110 ff.

³ Die einzelnen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Programme werden hier je nach Schwerpunkt in die Rubrik „angebotsorientiert“ oder „nachfrageorientiert“ eingeordnet. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß sich die meisten Maßnahmen sowohl auf die Angebots- als auch auf die Nachfrageseite auswirken.

Prof. Dr. Renate Neubäumer lehrt Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Worms.

nem zu hohen Reallohniveau sehen, führen zur Untermauerung ihrer These eine Reihe ökonomischer Untersuchungen ins Feld⁴ und verweisen auf die neoklassische Sichtweise der Arbeitsmarktes: Bei neoklassischer Produktionsfunktion und unter der Prämisse, daß die produzierten Güter und Dienstleistungen zu den herrschenden Preisen abgesetzt werden können, nimmt die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeit mit steigendem Reallohn ab; das Arbeitsangebot der privaten Haushalte wird demgegenüber mit steigendem Reallohn größer. Beides folgt aus dem gewinn- bzw. nutzenmaximierenden Verhalten der Wirtschaftssubjekte. Es existiert genau ein Reallohnsatz, bei dem Arbeitsangebot und -nachfrage übereinstimmen, also Vollbeschäftigung herrscht. Ein Reallohn über diesem Gleichgewichtslohn führt zu einem Angebotsüberschuß, der sich durch eine Senkung der Reallöhne beseitigen ließe. „Ein mehr als zeitweiliges Überangebot am Arbeitsmarkt muß also mit einem zu hohen Lohnniveau zu tun haben.“⁵

Stärkere Lohndifferenzierung

Hinzu kommt die Forderung, die Löhne je nach Qualifikation, Branche, Region und/oder Betrieb stärker zu differenzieren. Sie basiert ebenfalls auf neoklassischen Vorstellungen: Verschiebungen in der Nachfrage bewirken Änderungen der relativen Preise und damit auch der Löhne (und der Gewinne), so daß die Arbeitskräfte (und das Kapital) zum Wechsel in produktivere Unternehmungen veranlaßt werden. Demgegenüber setzen Nivellierungstendenzen, ausgelöst durch Sockelbeiträge, intersektoral und interregional einheitliche Tarifabschlüsse u.ä., die Bereitschaft der Arbeitnehmer zur Mobilität herab und behindern so nicht nur den notwendigen Strukturwandel, sondern blockieren auch für weniger Qualifizierte den Zugang zum Arbeitsmarkt⁶.

Es stellt sich die Frage, mit welchen Auswirkungen auf die Einkommensverteilung zu rechnen ist. Niedrigere Reallöhne bewirken unmittelbar eine Einkommensumverteilung zugunsten der Unternehmen und zu Lasten der von der Lohnsenkung betroffenen Arbeitnehmer. Der Staat kann zunächst mit höheren Steuerzahlungen auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen rechnen, denen Mindereinnahmen bei Steuern und Sozialversicherungsabgaben auf Arbeitneh-

mereinkommen gegenüberstehen. Auf der Ausgaben-seite profitiert er ebenfalls von niedrigeren Lohnabschlüssen.

Durch eine stärkere Lohndifferenzierung findet eine Einkommensumverteilung zwischen den abhängig Beschäftigten statt; dabei wird in der Öffentlichkeit häufig übersehen, daß es bereits deutliche Unterschiede zwischen den Lohnniveaus gibt⁷. Darüber hinaus kommt es zu einer Nivellierung der Gewinne, denn für Unternehmen mit schlechter Ertragslage würden die Lohnkosten relativ niedriger ausfallen, für solche mit hohen Gewinnen relativ höher. Schließlich ist die höhere regionale Mobilität der Arbeitnehmer, die mit der Lohndifferenzierung angestrebt wird, mit Kosten für den einzelnen, den Staat und die Gesamtwirtschaft verbunden. Für den einzelnen bedeutet ein Arbeitsplatzwechsel in eine andere Region nicht nur finanzielle Einbußen, sondern auch den Verlust seines bisherigen sozialen Umfeldes. Für die öffentliche Hand und die Gesamtwirtschaft ist vor allem von Bedeutung, daß in den Zuzugsgebieten zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und den Wohnungsbau getätigt werden müssen, während in strukturschwachen Regionen Wohnungen und früher getätigte öffentliche Investitionen eine Entwertung erfahren und/oder zum Teil überflüssig werden.

Arbeitsplätze durch flexiblere Löhne ?

Inwieweit die Arbeitslosen von Reallohnänderungen profitieren, hängt davon ab, ob durch die so bewirkte Einkommensumverteilung tatsächlich Neueinstellungen erfolgen und Vollbeschäftigung erreicht wird oder ob lediglich eine Umverteilung vorhandener Arbeitsplätze erfolgt. Betrachtet man die produktionstechnischen Gegebenheiten in der Bundesrepublik Deutschland, so ließe sich die Produktion durch eine bessere Auslastung der vorhandenen Kapazitäten auf keinen Fall so ausweiten, daß alle Arbeitslosen einen Arbeitsplatz fänden. Es besteht weitgehend Einigkeit, daß die niedrige Investitionsquote der letzten Jahre zu einem Mangel an Arbeitsplätzen geführt hat⁸.

⁴ Vgl. beispielsweise V. Hallwirth: Reallohn und Beschäftigung. Ein Ansatz zum Test der klassischen Grenzproduktivitätstheorie der Arbeit, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, 2/1985, S. 153 ff.; und M. Bruno: Aggregate Supply and Demand Factors in OECD Unemployment: An Update, in: *Economica* 210/1986 (Sonderheft), S. 35 ff.

⁵ Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1977/78, Ziffer 297 (im folgenden kurz Sachverständigenrat).

⁶ Empirisch konnte eine Nivellierung der Löhne für die Bundesrepublik seit den 70er Jahren nicht nachgewiesen werden. Vgl. beispielsweise H. Friderichs: Lohnstrukturdifferenzierung – ein Rezept zur Lösung des Beschäftigungsproblems?, in: *WIRTSCHAFTSDIENST*, 65. Jg. (1985), H. 8, S. 426 ff.; H. Gischer: Lohnstruktur und Beschäftigung, in: *WIRTSCHAFTSDIENST*, 63. Jg. (1983), H. 12, S. 611 ff.; und K. Vogler-Ludwig: Flexibilisierung der Lohnstrukturen – Ein Patentrezept der Beschäftigungspolitik?, in: *ifo-schnelldienst* 16/1985, S. 18 ff.

⁷ Vgl. K. Vogler-Ludwig, a.a.O., S. 20-23.

⁸ Der Anteil der Anlageinvestitionen am Bruttosozialprodukt, der in den 60er Jahren und zu Beginn der 70er Jahre durchschnittlich fast 25% erreichte, betrug in den letzten fünf Jahren im Durchschnitt weniger als 20%.

Ohne (nennenswerte) Investitionen könnten Arbeitsplätze vor allem im Dienstleistungssektor geschaffen werden, beispielsweise im sozialen und häuslichen Bereich. Wären die Löhne entsprechend niedrig, so ergäbe sich hier zweifellos eine ausreichende Nachfrage nach Arbeitskräften. Allerdings dürften zahlreiche Gruppen unserer Gesellschaft sowohl die geringe Entlohnung als auch die Art der Arbeitsplätze ablehnen.

Bleibt die Frage, ob durch niedrigere und stärker differenzierte Reallöhne und die damit verbundene Einkommensumverteilung auf Dauer „echte“ Arbeitsplätze geschaffen, d.h. mehr Anlageinvestitionen getätigt werden. Die Befürworter niedriger Reallöhne bejahen dies mit der Begründung, daß das hohe Reallohniveau der Vergangenheit die Kapitalrentabilität geschwächt und dadurch die Ausdehnung und Modernisierung des Kapitalstocks behindert habe⁹. Entsprechend würde eine – reallohnbedingte – Ertragsverbesserung wieder zu höheren Investitionen führen. Diese These wird durch die Entwicklung in der Bundesrepublik in den letzten fünf Jahren nicht bestätigt. Die Investitionstätigkeit blieb von einer überdurchschnittlichen Zunahme der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen – sie stiegen seit 1983 um 34,4% gegenüber einem Plus von 17,3% bei den Einkommen aus unselbständiger Arbeit¹⁰ – weitgehend unbeeinflusst, im Gegenteil: Der Anteil der Anlageinvestitionen am Bruttosozialprodukt ist während der letzten fünf Jahre um mehr als einen Prozentpunkt auf 19,2% gefallen¹¹.

Aus neoklassisch-angebotsorientierter Sicht ist die Investitionslücke bei guter Ertragslage – neben der nicht ausreichenden Verschlechterung der Reallohnposition – unter anderem noch auf die Überreglementierung der Wirtschaft, die zu hohen Steuern und Lohnnebenkosten sowie auf das durch den schnelleren technischen Fortschritt erhöhte Investitionsrisiko zurückzuführen. Deshalb wird als flankierende Maßnahme eine Verbesserung der Angebotsbedingungen gefordert.

Verbesserte Angebotsbedingungen

Angebotsorientierte Therapien zielen darauf ab, die Produktions- und Investitionsbedingungen in der Volkswirtschaft zu verbessern, um so ihre Anpassungsfähigkeit zu erhöhen. Zwar gibt es weder ein geschlossenes noch ein eindeutiges Konzept einer angebotsorientier-

⁹ Vgl. beispielsweise H. G i e r s c h: Arbeit, Lohn und Produktivität, in: Weltwirtschaftliches Archiv 119 (1983), S. 10.

¹⁰ Vgl. Deutsche Bundesbank: Monatsbericht.

¹¹ Vgl. Deutsche Bundesbank: Monatsbericht. Dies ist allerdings fast ausschließlich auf den starken Rückgang der Bauinvestitionen zurückzuführen. Der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen blieb mit 8,3% fast unverändert.

ten Wirtschaftspolitik¹², doch sind den meisten Ansätzen die folgenden Vorschläge gemeinsam:

- eine leistungsfreundlichere Ausgestaltung des Steuer- und Abgabensystems,
- Maßnahmen zur Förderung der privaten Investitionstätigkeit (neben Abschreibungserleichterungen auch eine verstärkte Beteiligung des Staates an den Risiken privater Investitionen),
- weniger Staatsausgaben,
- weniger staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen (vor allem sollen staatliche Vorschriften beim Wettbewerbs-, Arbeits- und Umweltschutz abgebaut und die Wirtschaftspolitik stetiger und überschaubarer werden).

Wie wirken sich diese Vorschläge auf die Einkommensverteilung aus? Reallohnzurückhaltung und eine stärkere Differenzierung der Lohnstruktur führen – wie oben dargestellt – zu größeren Einkommensunterschieden am Markt. Die Vertreter einer Angebotspolitik sehen diese Disparität als notwendig für die Funktionsfähigkeit unserer Wirtschaft an; sie sollte folglich nicht „zu stark“ über Steuern, Sozialabgaben und Transferzahlungen eingeebnet werden. Werden sowohl der Staat über das Steuersystem als auch die Arbeitnehmer über den Abbau von Schutzrechten bei Kündigungen und Konkursen stärker am Investitionsrisiko beteiligt, so werden damit letztlich auch Einkommen umverteilt. Schließlich bewirkt ein Zurückdrängen des Staates eine Umverteilung von der öffentlichen Hand zur Privatwirtschaft.

Eng verknüpft mit allen bisherigen Vorschlägen ist die Vorstellung, daß Vollbeschäftigung durch eine Mehrproduktion erreicht werden kann: „Was fehlt ist nicht ein Mehr an Nachfrage, sondern ein Mehr an Produktion. ... Daher erwächst aus unserer Analyse der Rat, in den kommenden Jahren konsequent den Weg zur Vollbeschäftigung durch Wirtschaftswachstum zu suchen.“¹³ Dazu wäre bis zum Jahr 2000 eine durchschnittliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts nötig, die weit über 3% hinausginge¹⁴.

¹² Die „extreme“ Variante (supply side economics: neue makroökonomische Klassik) spricht der Nachfragepolitik jegliche Wirkung ab, während die „gemäßigte“ Variante, wie sie der Sachverständigenrat vertritt, neben einer mittelfristig angelegten angebotsorientierten Therapie noch Elemente einer globalen Nachfragesteuerung zulassen will. Vgl. O. I s s i n g: Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium 10/1982, S. 463 ff.; sowie den Sammelband von O. V o g e l (Hrsg.): Wirtschaftspolitik der achtziger Jahre: Leitbilder und Strategien, Köln 1982.

¹³ Sachverständigenrat 1977/78, Ziffer 3 (im Vorwort).

¹⁴ Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.): Zahlen-Fibel. Ergebnisse der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Tabellen, Nürnberg, Ausgabe 1987, Übersicht 1.1, 1.6 und 1.14.

Auswirkungen auf die Produktion

Es schließt sich die Frage an, was mehr produziert werden würde. Beim privaten Konsum wäre eine überproportionale Zunahme bei Gütern des gehobenen Bedarfs und bei Dienstleistungen zu erwarten. Aufgrund des kapitalbedingten Arbeitsplatzmangels könnten umfangreiche Neueinstellungen kurzfristig nur im Dienstleistungsbereich erfolgen, während gleichzeitig durch das deutlich niedrigere Lohnniveau am unteren Ende der Einkommensskala die Dienstleistungen billiger werden. Dagegen wäre bei „einfacheren“ Konsumgütern mit nur leicht steigenden Verkaufszahlen zu rechnen. Bei den Staatsausgaben ist entscheidend, in welchem Ausmaß der Staatsanteil zurückgedrängt werden soll¹⁵. Je nachdem ergibt sich ein unterdurchschnittlicher Anstieg bzw. ein Rückgang des öffentlichen Konsums (einschließlich Transferausgaben); eine wesentliche Ausweitung öffentlicher Investitionen im Umwelt- und Infrastrukturbereich ist nicht zu erwarten¹⁶.

Im Mittelpunkt steht ein überproportionales Wachstum der privaten Investitionen, insbesondere von Prozeß- und Produktinnovationen, die den Strukturwandel beschleunigen. Im Unterschied zu den anderen vorgeschlagenen Maßnahmen dürfte dazu eine stärkere Lohndifferenzierung wenig beitragen, da sie Gewinne nivelliert und damit den Anreiz kleiner werden läßt, produktivere Verfahren anzuwenden und neue Märkte zu erschließen. Sie käme allerdings insoweit der Arbeitsmarktlage entgegen, daß bei weniger Rationalisierungsinvestitionen relativ unproduktive Arbeitsplätze länger erhalten blieben. Bei den Bauinvestitionen hingegen dürfte sich ein Anstieg abzeichnen, vorausgesetzt, daß eine höhere Mobilität der Beschäftigten die Nachfrage nach Wohnungen in bestimmten Regionen erhöht. Bei den Umweltschutzinvestitionen ist mit keiner deutlichen Ausweitung zu rechnen, weil Vorschriften, die externen Effekten bei der Produktion Rechnung tragen, abgebaut werden sollen.

Insgesamt dürfte das Ziel höherer privater Investitionen nur erreicht werden, wenn die zukünftigen Absatzmöglichkeiten der Unternehmen gesichert sind, wie es die Klassiker und die Angebots-theoretiker unterstellen: „Im Zusammenspiel der Vielen schafft so das Angebot seine Nachfrage.“¹⁷ Kalmbach hält dem allerdings entgegen: „Es vermag nicht zu überzeugen, ... daß diese

(Investitions- und Innovationsanstrengungen; d. Verf.) nur durch Verteilungsrevisionen erfolgen können.“¹⁸ Letztlich ist es eine „Glaubensfrage“, die, wie Sievert schreibt, „auch eine gewisse Portion Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Marktsystems verlangt“¹⁹.

Bleibt abschließend zu fragen, mit welchen Auswirkungen auf das „Wie“ der Produktion zu rechnen ist. Eine wesentliche Umstellung der Produktionsweise ist kaum zu erwarten. Umweltfreundlichere Verfahren werden leicht an Boden verlieren, und aufgrund der niedrigeren Einkommen (insbesondere in den unteren Lohngruppen) ist mit einer etwas arbeitsintensiveren Produktionsweise zu rechnen. Zwar sorgt dies kurzfristig für eine Entspannung am Arbeitsmarkt, auf mittlerer Sicht hingegen kommt es zu einer verzögerten Abschaffung unqualifizierter – häufig unattraktiver – Tätigkeiten und voraussichtlich zu einem geringeren Produktivitätsanstieg.

Nachfrageorientierte Therapien

Nachfrageorientierten Vorschlägen liegt die Vorstellung zugrunde, daß die hohe Arbeitslosigkeit zum großen Teil (oder zumindest auch) auf eine mangelnde Nachfrage zurückzuführen ist, daß also der Preismechanismus nicht automatisch zu Vollbeschäftigung führt. Sie basieren auf der keynesianischen Theorie, die kreislauftheoretische Überlegungen in den Mittelpunkt stellt: Sind die geplanten Ersparnisse aller Haushalte größer als die geplanten Investitionen der Unternehmen, so entsteht ein Mangel an effektiver Nachfrage. Die Unternehmen müssen ihre Produktion und die Beschäftigung senken, und die damit verbundene Einkommensminderung führt zu einer weiteren Nachfragereduktion. Eine Erhöhung der Investitionen scheitert in dieser Situation an schlechten Absatzerwartungen²⁰, und zum Abbau der Arbeitslosigkeit bleibt nur eine durch den Staat initiierte Nachfrageausweitung. Dafür kommen grundsätzlich alle Nachfragekomponenten – Konsum, Investitionen, Staatsausgaben und Export – in Frage.

¹⁵ Die Ansichten darüber gehen je nach Variante der Angebotspolitik auseinander.

¹⁶ Hier kann es unter Umständen durch die Entstehung neuer Ballungsgebiete zu einem zusätzlichen Bedarf kommen.

¹⁷ Sachverständigenrat 1977/78, Ziffer 241.

¹⁸ P. Kalmbach: Lohnhöhe und Beschäftigung: Ein Evergreen der wirtschaftspolitischen Debatte, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 65. Jg. (1985), H. 7, S. 370 ff., hier S. 376.

¹⁹ O. Sievert: Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik des Sachverständigenrates. Das Konzept für die achtziger Jahre, in: O. Vogler (Hrsg.): Wirtschaftspolitik der achtziger Jahre: Leitbilder und Strategien, Köln 1982, S. 50.

²⁰ Entsprechend empirischen Untersuchungen kommt der Nachfrageentwicklung bei der Begründung von Investitionen eine dominierende Rolle zu. Vgl. J.R. Meyer, E. Kuh: Investment, Liquidity and Monetary Policy, in: Commission on Money and Credit (Hrsg.): Impacts of Monetary Policy, Englewood Cliffs (N.J.) 1963, S. 339 ff.; R. Eisner, H. Strotz: Determinants of Business Investments, in: Commission on Money and Credit, a.a.O., S. 59 ff.

Die verschiedenen nachfrageorientierten Vorschläge unterscheiden sich erstens darin, auf welche dieser Nachfragekomponenten sie das Schwergewicht legen und – eng damit verknüpft – welche Zusammensetzung des Sozialprodukts sie präferieren. Zweitens spielt der Zeitraum, auf den sie abstellen – kurzfristige Konjunkturbeeinflussung oder längerfristige Wachstumsorientierung –, eine Rolle und drittens die Bedeutung, die dem Staat für die Bewältigung von Zukunftsausgaben beigemessen wird. Folgende Vorschläge sollen hier untersucht werden:

- „herkömmliche“ kurzfristig orientierte Beschäftigungsprogramme, wie sie das Stabilitätsgesetz vorsieht,
- zukunftsorientierte Nachfrageprogramme, die öffentlich initiierte Investitionen in die Infrastruktur und den Umweltbereich in den Vordergrund stellen, aber auch private Investitionen, die für den Strukturwandel und die Schaffung von Arbeitsplätzen notwendig sind.

Ein kurzfristiges Beschäftigungsprogramm

Das Stabilitätsgesetz als Beispiel für ein kurzfristig orientiertes Beschäftigungsprogramm sieht für den Fall der Unterbeschäftigung vor, die Einkommen- und Körperschaftsteuer zu senken, einen Investitionsbonus einzuräumen, die Ausgaben der öffentlichen Hand zu erhöhen und die Planung und Vergabe öffentlicher Investitionen zu beschleunigen.

Von diesen Maßnahmen sind verschiedene Auswirkungen auf die Einkommensverteilung zu erwarten. Bei den Privaten erhöhen sich zunächst die verfügbaren Einkommen, wobei sich aufgrund der Steuerprogression bei Besserverdienenden ein relativ größerer Anstieg ergibt. Inwieweit die Empfänger von Transfereinkommen – unter Umständen überproportional – teilhaben, hängt davon ab, ob die entsprechenden Staatsausgaben erhöht werden. Bei einem einkommensbedingten Anstieg der Konsumnachfrage ist mit einer Zunahme der Gewinneinkommen und – im Fall von Neueinstellungen – mit höheren Einkommen der ehemals Arbeitslosen zu rechnen. Eine Umverteilung zwischen den Unternehmen findet kurzfristig vor allem dann statt, wenn das Beschäftigungsprogramm einseitig auf öffentlichen Mehrausgaben oder konsumstützenden Maßnahmen basiert. Allerdings profitieren nach keynesianischer Vorstellung aufgrund des Multiplikatorprozesses am Ende alle Unternehmen von den Ankurbelungsmaßnahmen. Ein Investitionsbonus würde solche Unternehmen begünstigen, die aufgrund ihrer Gewinnentwicklung und ihrer Absatzerwartung hohe Investitionen tätigen können und/oder in der Lage sind, später geplante

Investitionen vorzuziehen. Der Staat weitet zunächst seinen Anteil am Sozialprodukt aus; auf Dauer sollen die Privaten nachziehen.

Insgesamt kommt es zeitweilig zu Umverteilungen zwischen den Haushalten, innerhalb der Gruppe der Unternehmen und zwischen Staat und Privatwirtschaft. Der Theorie nach sollen sie jedoch im Verlauf des Konjunkturzyklus wieder rückgängig gemacht werden, so daß sich keine dauerhafte Umverteilung z.B. zwischen der öffentlichen Hand und den Privaten ergibt. Angestrebt wird also, die Arbeitslosigkeit durch eine Mehrproduktion abzubauen, ohne daß sich auf Dauer eine wesentlich andere Zusammensetzung des Sozialprodukts ergibt.

Hier setzt die Kritik an kurzfristigen Beschäftigungsprogrammen an: Zum einen blieben Strukturprobleme, wie sie sich vor allem aufgrund des schnelleren technischen Wandels und sich ändernder weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen ergeben, unberücksichtigt; zum anderen habe durch eine keynesianisch orientierte Politik die Staatsquote kräftig zugenommen.

In diesem Zusammenhang sei noch einmal herausgestellt, daß den verschiedenen Therapien gegen Arbeitslosigkeit unterschiedliche Vorstellungen über die Rolle des Staates nicht nur bei der Stabilisierung der Wirtschaft, sondern auch bei der Allokation und Verteilung zugrunde liegen. Die Neoklassiker und auf sie aufbauend die Angebots-theoretiker vertreten – überspitzt mit J.B. Say formuliert – die Auffassung, daß das kleinste Budget das beste ist. Dagegen basieren insbesondere neuere nachfrageorientierte Vorschläge auf der Vorstellung, daß eine privatwirtschaftlich organisierte Wirtschaft die Allokations- und Distributionsaufgabe nicht oder nur in Teilbereichen zufriedenstellend lösen kann, so daß hier der Staat gefordert ist.

Zukunftsorientierte Nachfrageprogramme

Auch wenn zukunftsorientierte Nachfrageprogramme²¹ im Detail stark voneinander abweichen, so steht doch überwiegend eine nachfrageseitige Förderung staatlicher und privater Investitionen im Mittelpunkt. Dabei wird öffentlichen Investitionen zur Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität besondere Bedeutung beigemessen ebenso wie privaten Investitio-

²¹ Von den zahlreichen Vorschlägen dieser Art sei hier auf das bereits 1978 vorgelegte DIW-Programm verwiesen sowie das von Meißner und Hödl diskutierte Umweltinvestitionsprogramm, in dem zwar Umwelteffekte in den Vordergrund gestellt, aber auch die Beschäftigungseffekte analysiert werden. Vgl. Eine mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, in: DIW-Wochenbericht 15/1978; und W. Meißner, E. Hödl: Umweltschutz in Konjunktur- und Wachstumsprogrammen, Berlin 1983.

nen, die der Durchsetzung umweltfreundlicher Produktionsverfahren dienen und/oder für den Strukturwandel und neue Arbeitsplätze als notwendig angesehen werden.

Private Anpassungsinvestitionen sollen jedoch – im Unterschied zu den angebotsorientierten Vorstellungen – nicht über Verteilungsänderungen, sondern durch eine gezielte Technologie- und Strukturpolitik²² sowie durch eine Belebung der Nachfrage erreicht werden. Dazu wird die Erschließung neuer Nachfragefelder, insbesondere im Umweltbereich, als notwendig angesehen. Denn es wird damit gerechnet, daß die künftigen Absatzmöglichkeiten im „traditionellen“ Konsumbereich hinter der Produktivitätsausweitung zurückbleiben.

Zukunftsorientierte Nachfrageprogramme implizieren eine dauerhafte Verteilungsrevision zwischen Staat und Privatwirtschaft. Der Anteil des Sozialprodukts, über den der Staat entscheidet, nimmt zu. Dies geht zum einen mit einer Umverteilung zwischen den Unternehmen einher, weil einige Unternehmensgruppen stärker von Umweltmaßnahmen profitieren²³. Zum anderen findet eine Umverteilung zwischen den Privaten statt, die in sehr unterschiedlichem Ausmaß zur Finanzierung herangezogen werden, unabhängig von den individuellen Vorteilen, die sich für den einzelnen aus einem breiteren Angebot an öffentlichen Gütern ergeben. Insgesamt ist eher mit einer gewissen Nivellierung der verfügbaren Einkommen zu rechnen.

Betrachtet man die Zusammensetzung des Sozialprodukts, so wird mit einem unterproportionalen Anstieg des privaten Konsums gerechnet, nicht zuletzt aufgrund einer nur noch langsam steigenden Nachfrage in diesem Bereich. Dabei dürfte den Beziehern niedriger und mittlerer Einkommen etwas mehr Einfluß auf die Konsumgüterstruktur zukommen. Zum Ausgleich verzeichnen öffentliche Investitionen, d.h. Investitionen, über die der Staat entscheidet, die aber in den meisten Fällen von der Privatwirtschaft produziert werden, einen deutlich steigenden Anteil; dies gilt insbesondere für Investitionen im Umweltbereich. Für die privaten Investitionen

in den Strukturwandel und in eine umweltfreundlichere Produktionsweise wird ebenfalls eine überproportionale Ausweitung angestrebt. Dabei soll der Staat Hilfestellung leisten, so daß er auch auf diese Investitionsentscheidungen einen stärkeren Einfluß gewinnt²⁴.

Insgesamt zielen zukunftsorientierte Nachfrageprogramme nicht primär darauf ab, die Arbeitslosigkeit durch mehr (quantitatives) Wachstum abzubauen. Sie stellen vielmehr auf Wohlfahrtseffekte eines schonenderen Umgangs mit unserer Umwelt und verbesserte Lebens- und zum Teil auch Arbeitsbedingungen ab. Dafür wurde in den 70er Jahren der Begriff des „qualitativen Wachstums“ geprägt, das auf die Produktion anderer Güter (z.B. umweltverträglichere, dauerhaftere) sowie auf eine Umgestaltung der Produktionsweisen (ressourcensparend, schadstoffärmer) und der Arbeitsbedingungen (verbesserte Arbeitsplätze, mehr Mit- und Selbstbestimmung) abstellt.

Kürzere und flexiblere Arbeitszeiten

Die Verfechter kürzerer und flexiblerer Arbeitszeiten sehen in diesem Vorschlag eine schnell wirksame Maßnahme zum Abbau der Arbeitslosigkeit, weil nicht erst der vorhandene Kapitalstock erweitert werden muß. Investitionsanstrengungen im Umfang von mehreren 100 Mrd. DM lassen sich nur innerhalb eines längeren Zeitraums realisieren, so daß Unterbeschäftigung noch über mehrere Jahre hingenommen werden müßte.

Die Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung unterstellen, daß bei niedrigerem Arbeitsangebot seitens des einzelnen Beschäftigten Neueinstellungen erforderlich werden bzw. andernfalls notwendige Entlassungen unterbleiben, sofern die Produktion aufrechterhalten wird²⁵. Die Zahl der zusätzlichen Arbeitsplätze wird allerdings wegen des zu erwartenden Produktivitätsanstiegs²⁶ hinter der rechnerisch ermittelten zurückbleiben. So nimmt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung an, daß Verkürzungen der tariflichen Jahresarbeitszeit etwa zur Hälfte in einen positiven Beschäftigungseffekt und zur anderen Hälfte in zusätzliche Produktivitätssteigerungen umgesetzt werden²⁷.

²² In diesem Zusammenhang weisen Meißner und Zinn darauf hin, daß der Staat bisher zur Durchsetzung des technischen Fortschritts nicht unerheblich beigetragen hat, beispielsweise im Bereich der Mikroelektronik und der Elektronischen Datenverarbeitung. Vgl. W. Meißner, K.-G. Zinn: Der neue Wohlstand. Qualitatives Wachstum und Vollbeschäftigung. München 1984, S. 57-58. Eine Technologiepolitik wird auch zum Teil von Vertretern einer angebotsorientierten Politik als notwendig angesehen. Vgl. Sachverständigenrat 1976/77, Ziffer 311 ff.

²³ Vgl. dazu W. Meißner, E. Hödl, a.a.O., S. 190-196.

²⁴ Neoklassiker und Angebotstheoretiker bestreiten, daß höhere private Investitionen zu erreichen sind, wenn gleichzeitig die staatliche Einflußnahme verstärkt wird und mehr öffentliche Investitionen getätigt werden.

²⁵ Nach einer Befragung des Ifo-Instituts im Herbst 1984 rechnen bei Aufrechterhaltung der Betriebszeit 61% der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes mit einer Zunahme der Vollzeitbeschäftigten und 28% mit einer Zunahme der Teilzeitbeschäftigten. Vgl. L. Reyher, E. Spitznagel, W.R. Streck, B. Teriet, K. Vogler-Ludwig: Zu den Beschäftigungswirkungen einer Entkoppelung von Arbeits- und Betriebszeit, in: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1/1985, S. 30 ff., hier S. 36.

²⁶ Neben dem hier betrachteten kurzfristigen Produktivitätsanstieg durch eine erhöhte Arbeitsintensität ist längerfristig mit einer Ausweitung der Produktivität durch mehr Rationalisierungsinvestitionen zu rechnen.

Unterstellt man zunächst, daß der Lohnausgleich dem mit der Arbeitszeitverkürzung verbundenen Produktivitätsanstieg entspricht und daß die Arbeitszeitverkürzung mit einer ausreichenden Flexibilisierung der Arbeitszeit einhergeht, so bleiben die Kapitalkosten je Stück weitgehend unverändert. Die Arbeitszeitverkürzung bewirkt dann eine Umverteilung zwischen den Unternehmen, und zwar zugunsten derjenigen, die einen überproportionalen Produktivitätsanstieg zu verzeichnen haben. Dies dürften vor allem Unternehmen mit sehr schlecht ausgelasteten Kapazitäten sein, die bisher auf Entlassungen ganz oder teilweise verzichtet haben. Dagegen ist in Wachstumsbranchen der Spielraum für eine Erhöhung der Produktivität in der Regel begrenzt, so daß Neueinstellungen zu höheren Kosten führen. Insgesamt ist – ähnlich wie bei einer stärkeren Lohndifferenzierung – mit einer Gewinnvillierung zu rechnen. Bei den abhängig Beschäftigten erfolgt eine Einkommensumverteilung zwischen "Arbeitsplatzbesitzern" und bisher Arbeitslosen. Darüber hinaus ist die Umverteilung der Freizeit und der Anstieg der Arbeitsintensität zu berücksichtigen. Der Staat (einschließlich der Sozialversicherungsträger) wird, wie in allen Fällen sinkender Arbeitslosigkeit, infolge geringerer Transferzahlungen entlastet.

Zu einer Einkommensumverteilung zugunsten der Unternehmen und zu Lasten der Arbeitnehmer kommt es, wenn die Löhne im Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung reduziert werden. Dies entspricht einer Reallohnsenkung in Höhe des durch die Arbeitszeitverkürzung bedingten Produktivitätsanstiegs und hat die oben aufgezeigten Wirkungen. Bleibt umgekehrt die Arbeitszeitverkürzung in den Lohnabschlüssen vollkommen unberücksichtigt, so wird die Gesamtheit der Arbeitnehmer durch einen Lohnanstieg, der über der Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktivität liegt, besser gestellt. Dem einzelnen könnte so ein „Solidaritätsbeitrag“ für die Arbeitslosen erspart bleiben.

Angestrebt wird weder ein quantitatives noch ein qualitatives Wachstum, sondern nur eine gleichmäßigere Verteilung der Arbeit (und der Freizeit). Dies dürfte mit einer veränderten Zusammensetzung der Konsumgüterproduktion (weniger Konsumgüter des gehobenen Bedarfs und weniger Dienstleistungen) einhergehen und dem Staat etwas mehr Spielraum für öffentliche Investitionen (statt öffentlichem Konsum in Form von Transferzahlungen) eröffnen.

Umstritten ist allerdings, inwieweit die Unternehmen bei einer Arbeitszeitverkürzung ihre bisherige Produktion beibehalten können und werden. Neben produktionstechnischen Problemen wird auf die regional sehr

unterschiedliche Verteilung der Arbeitslosigkeit verwiesen – hier würden ähnliche Mobilitätskosten entstehen und sich auf die Verteilung auswirken, wie sie im Zusammenhang mit mehr Lohndifferenzierung diskutiert wurden – sowie auf einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften unter den Arbeitslosen. Auf diese Diskussion soll hier ebensowenig eingegangen werden wie auf mögliche Nachfrageeffekte der Arbeitszeitverkürzung.

Vorschläge im Hinblick auf flexiblere Arbeitszeiten zielen auf eine bessere Ausnutzung des vorhandenen Kapitalstocks. Dabei ist je nach Art und Umfang der Flexibilisierung mit unterschiedlichen Auswirkungen auf die Beschäftigungsmöglichkeiten, die Kapitalrentabilität und die Verteilung sowie auf die individuellen Arbeits- und Lebensbedingungen zu rechnen.

Hinweise auf mögliche Beschäftigungseffekte gibt eine vom Ifo-Institut durchgeführte Betriebsbefragung. Danach würden bei hinreichender Nachfrage zwei Drittel aller Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes eine Verlängerung der Betriebszeit um durchschnittlich 15 Stunden pro Woche anstreben, während im Groß- und Einzelhandel keine Möglichkeiten zur Verlängerung der Betriebszeit gesehen werden²⁸.

Längere Betriebszeiten senken die Kapitalkosten je Stück. Wie sich der damit verbundene Rentabilitätsanstieg in der Verteilung niederschlägt, hängt – neben Unterschieden in der Kapitalintensität der verschiedenen Branchen und Unternehmen – vor allem von seiner Berücksichtigung bei Lohnabschlüssen ab. Da Flexibilisierungsmaßnahmen und Arbeitszeitverkürzungen in der Regel als „Paket“ beschlossen werden, ist für den Verteilungseffekt vor allem von Bedeutung, inwieweit der „Ertrag“ aus der Flexibilisierung beim Lohnausgleich angerechnet wird.

Die Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen des einzelnen hängen zunächst von der Lage seiner Arbeitszeit ab. Während eine flexiblere Lage der täglichen Arbeitszeit und/oder eine längere Arbeitszeit (bei weniger Arbeitstagen pro Woche) sicher von vielen nicht als Verschlechterung, von manchen sogar als Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen angesehen werden, dürften Nacht- und Wochenendarbeit sowie ständig wechselnde Schichtzeiten zu Lasten der Lebensqualität gehen. Zu der physischen Belastung (insbesondere bei Nachtarbeit) gesellt sich in der Regel eine

²⁷ Vgl. H. Kohler, L. Reyher: Jahresarbeitszeit und Arbeitsvolumen, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1/1985, S. 14 ff., hier S. 19. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt eine DIW-Studie. Vgl. Beschäftigungswirkungen einer Arbeitszeitverkürzung von 1985 in der Metallindustrie, in: DIW-Wochenbericht 20/1987.

²⁸ Vgl. L. Reyher u.a., a.a.O.

soziale Komponente, da die Freizeit häufig nicht oder weniger mit der Familie und Freunden verbracht werden kann. Dieser Aspekt verliert mit kürzerer Arbeitszeit an Bedeutung und kann somit nicht losgelöst von der Arbeitsdauer gesehen werden. Schließlich erweitern flexiblere und kürzere Arbeitszeiten den Spielraum für Weiterbildung (inner- und außerhalb des Unternehmens) und können zu einer Umgestaltung der Arbeitsbedingungen beitragen, beispielsweise zu einem Wechsel zwischen unterschiedlichen Tätigkeiten oder zu mehr Mitbestimmung.

Resümee

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die verschiedenen Therapien sehr unterschiedliche Auswirkungen auf die Einkommensverteilung haben. Niedrigere und flexiblere Löhne sowie weitere angebotsorientierte Maßnahmen führen zu deutlich größeren Unterschieden bei den verfügbaren Einkommen, während kurzfristige Beschäftigungsprogramme keine oder nur zeitweise Umverteilungseffekte anstreben. Zukunftsorientierte Nachfrageprogramme wollen den Anteil des Staates am Volkseinkommen ausweiten, was eher zu einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung beiträgt. Bei Arbeitszeitverkürzungen geht es vor allem um eine Einkommensumverteilung zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, aber auch um eine Umverteilung zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern, wie die heftige Diskussion um den Lohnausgleich zeigt.

Angebotsorientierte Vorschläge und zukunftsorientierte Programme beabsichtigen längerfristige Wirkungen auf das Sozialprodukt und seine Zusammensetzung. Dabei besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß mehr private Investitionen zur Bewältigung des Strukturwandels und zur Schaffung von Arbeitsplätzen notwendig sind. Der Streit entzündet sich daran, wie diese Investitionen erreicht werden können: über eine Verteilungsrevision und weniger staatliche Reglementierung oder über eine Verbesserung der Absatzerwartungen und staatliche Technologie- und Strukturpolitik. Hier spiegeln sich deutlich die unterschiedlichen Auffassungen über die Rolle des Staates im Wirtschaftsgeschehen wider; dem Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Marktsystems steht die Auffassung gegenüber, daß der Markt die Stabilisierungs- und Allokationsaufgabe nicht immer und in allen Bereichen zufriedenstellend lösen kann, so daß es staatlicher Eingriffe und Unterstützung bedarf. Entsprechend stehen die Verfechter angebotsorientierter Vorschläge einer Ausweitung öffentlicher Investitionen skeptisch gegenüber (sie sehen die Gefahr der Verdrängung und Beeinträchtigung privater Investitionen), während die Vertreter zukunftsorientierter Programme

auf eine kräftige Ausweitung staatlicher Investitionen, insbesondere im Infrastruktur- und Umweltbereich abzielen. Schließlich gehen die Auffassungen auch hinsichtlich des privaten Konsums auseinander. Die Anhänger angebotsorientierter Vorstellungen gehen von einer Zunahme des privaten Konsums entsprechend dem Wachstum der Gesamtwirtschaft aus, vorausgesetzt, daß Produktinnovationen nicht behindert werden; die Zusammensetzung des Konsums trägt der veränderten Einkommensverteilung Rechnung (mehr Güter des gehobenen Bedarfs und mehr Dienstleistungen). Aus nachfrageorientierter Sicht ergibt sich dagegen ein sinkender Anteil des privaten Verbrauchs, weil in diesem Bereich die Nachfrage nur noch unterdurchschnittlich steigt. Statt dessen werden Umwelt- und Infrastrukturinvestitionen möglich, die den Wohlstand in anderer Form erhöhen.

An dieser Stelle werden Unterschiede hinsichtlich des angestrebten Wachstums deutlich: Der Vorstellung von einer Mehrproduktion „traditioneller“ Güter (quantitatives Wachstum bei angebotsorientierten Therapien, aber auch bei kurzfristigen Beschäftigungsprogrammen älterer Prägung) wird die Idee des qualitativen Wachstums gegenübergestellt, d.h. die Nutzung des Produktivitätsfortschritts für andere Produkte und Produktionsweisen (ressourcensparender, schadstoffärmer) sowie die Umgestaltung der Arbeitsbedingungen und mehr Freizeit.

Kürzere und flexiblere Arbeitszeiten stellen auf einen schnellen Abbau der Arbeitslosigkeit ab, ohne daß die Produktionskapazitäten vorerst erweitert werden müssen, denn Investitionen größeren Umfangs lassen sich nur in einem mehrjährigen Zeitraum realisieren. Neue Arbeitszeitregelungen wirken sich nicht nur auf die Verteilung zwischen „Arbeitsplatzbesitzern“ und Arbeitslosen aus, sondern bewirken auch eine Umverteilung zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern (je nach Lohnausgleichsregelung) sowie zwischen den Unternehmen (unterschiedliche Möglichkeiten der Produktivitäts- und Rentabilitätssteigerung). Darüber hinaus ergeben sich je nach Ausgestaltung der individuellen Arbeitszeit unterschiedliche Auswirkungen auf die Lebensbedingungen, und es bietet sich die Chance für mehr Weiterbildung und eine Umgestaltung der Arbeitsbedingungen.

Insgesamt sollte deutlich geworden sein, daß sich je nach Therapie zum Abbau der Arbeitslosigkeit unterschiedliche Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ergeben. Deshalb kann eine gezielte Strategie zur Wiedererreichung von Vollbeschäftigung nicht losgelöst von Entscheidungen über die Höhe, Zusammensetzung, Verteilung und Produktionsweise des zukünftigen Sozialprodukts entwickelt werden.